



## Cattenom: Eine Panne nach der anderen

**Die Bundesregierung muss entschlossen die Abschaltung des Pannenmeilers fordern!**

von Manfred Nink

Das französische Atomkraftwerk Cattenom musste 2012 bereits einen Störfall am 18. Januar und jetzt in kürzester Zeit erneut drei weitere Pannen am 10. Februar, am 21. Februar und am 11. März melden. Die Bürgerinnen und Bürger in der grenznahen Region sind besorgt. Immer wieder erreichen mich E-Mails und Briefe. Um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, muss Cattenom dauerhaft abgeschalten und vom Netz genommen werden! Die Bundesregierung muss endlich mit der französischen Regierung darüber verhandeln!

Die Bundesregierung ließ im September 2011 durch die Parlamentarische Staatssekretärin im Umweltministerium, Katherina Reiche (CDU), mitteilen, Schwarz-Gelb sei nicht zuständig dafür, die Risiken, die durch das AKW Cattenom für die Bürgerinnen und Bürger in der grenznahen Region bestehen, zu bewerten. Anlass für diese Aussage war meine Frage in der Fragestunde des Bundestages am 29. September 2011.

Gleichzeitig machte Reiche klar, dass die Bundesregierung keine In-



Trügerische Idylle: Das Atomkraftwerk Cattenom

Foto: Achim Lückemeyer/pixelio.de

itiativen ergreifen werde, um Frankreich von einem beschleunigten Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie Atomkraft zu überzeugen.

Das ist die fragwürdige Haltung von Union und FDP zu Cattenom, die bis heute gilt. Die Bundesregierung handelt vollkommen an den Sorgen und an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger in der Region Trier vorbei. Ich frage mich, wer wenn nicht die Bundesregierung soll die Risiken bewerten und die Gefahren für die Bevölkerung abwenden?

Das Saarland, Rheinland-Pfalz, Luxemburg und der Interregionale

Parlamentarierrat (IPR) fordern von Frankreich, Cattenom abzuschalten. Angesichts allein der technischen Pannen und sicherheitsrelevanten Vorfälle in diesem Jahr muss auch die Bundesregierung ihre Haltung dringend überdenken! Schwarz-Gelb darf die Region in dieser wichtigen Frage für unsere Sicherheit nicht einfach im Stich lassen.

Die Kanzlerin und ihr Minister für Reaktorsicherheit müssen endlich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in unserer Region handeln und Frankreich überzeugen, den Pannenmeiler in Cattenom endlich dauerhaft abzuschalten!

# 2 | Die Bundespolitik

## Schwarz-Gelb vermurkst die Energiewende

### SPD fordert Planungssicherheit für die Solarwirtschaft bei der Einspeisevergütung

Bundesumweltminister und Bundeswirtschaftsminister legen der Energiewende in Deutschland Hand in Hand Steine in den Weg. Mit ihren drastischen und kurzfristigen Kürzungsplänen bei der Einspeisevergütung sind sie auf dem energiepolitischen Holzweg, verstören Investoren und gängeln die Solarwirtschaft. Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt die Pläne der Bundesregierung ab.

kann die erforderliche Energiewende nicht gelingen.

Union und FDP planen außerdem, den Ausbau der Solarenergie in den kommenden Jahren deutlich zu begrenzen. Insbesondere Rösler, der die drastischen Kürzungen angestoßen hat, scheinen die Interessen der großen Energiekonzerne wichtiger zu sein als ökologischer Fortschritt und die Existenz von zehntausenden Arbeitsplätzen in einer

Die SPD-Fraktion spricht sich für eine degressive Förderung der Einspeisevergütung aus. Die SPD fordert bereits seit Anfang 2011 vierteljährliche maßvolle Vergütungsabsenkungen bei der Solarförderung, die sich der Marktentwicklung anpassen, Kontinuität in den Markt bringen und der Branche ein gesundes Wachstum ermöglichen sollen. Die Solarwirtschaft braucht Rahmenbedingungen, die



Photovoltaik-Anlage auf der Kenner Sang: Manfred Nink setzt sich weiter für die Solarenergie ein

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) und Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) haben die Einspeisevergütung ins Visier genommen. Überraschend wollen sie diese um bis zu 29 Prozent kürzen und darüberhinaus die Einspeisevergütung der Kontrolle des Parlaments entziehen.

Die SPD sagt, das ist verantwortungslos und kurzsichtig. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Bundesregierung nun eine Kehrtwende zum Ausstieg aus der Erfolgsgeschichte Solarenergie macht. Durch eine derart unberechenbare Politik ist keine vernünftige Planung seitens der Unternehmen möglich genauso wenig wie für die zahlreichen Privatleute, die eine Solaranlage geplant haben. So

aussichtsreichen technologischen Zukunftsbranche. Die großen Energiekonzerne haben offensichtlich erfolgreiche Lobbyarbeit beim Bundeswirtschaftsminister geleistet.

Um die Mitsprache des Parlaments zu umgehen, will Rösler zudem die Vergütungssätze zukünftig per Verordnung „anpassen“. Damit missachtet die Bundesregierung nicht nur das Mitspracherecht der Parlamentarier, sondern auch das der Bundesländer.

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt die Verordnungsermächtigung ab, da sie in den Kern des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) eingreift. Das EEG ist im Bundestag entstanden und soll auch weiterhin in der Hand der Parlamentarier bleiben.

Planungs- und Finanzierungssicherheit ermöglichen. Das hilft Investoren, Herstellern und Handwerkern die richtigen unternehmerischen Entscheidungen zu treffen und bringt so letztlich die Energiewende voran.

Die SPD will weiterhin einen dynamischen Ausbau der Photovoltaik. Zentral ist zudem, dass wir die deutsche Solarbranche für die Zukunft rüsten und so Arbeitsplätze sichern. Dafür müssen wir massiv Investitionen in Forschung und Entwicklung anreizen und fördern.

Es muss Schluss sein mit der politischen Unbeständigkeit von Schwarz-Gelb, fehlender Planungssicherheit und Missachtung der wirtschaftlichen Chancen der Energiewende. Dafür kämpft die SPD.

## Wirtschaft in Südamerika



Besichtigung einer chilenischen Kupfermine durch die Delegation des Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie

Im Rahmen einer Südamerika-Delegationsreise des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Technologie hat Manfred Nink vom 10. bis 19. Februar 2012 die Länder Chile, Bolivien und Kolumbien bereist. Die Ausschussmitglieder führten unter anderem Gespräche mit PolitikerInnen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und Unternehmen.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Rohstoffpolitik der südamerikanischen Staaten, Handelspolitik, wirtschaftliche und technologische Entwicklung sowie die (menschenrechtliche) Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Bundestagabgeordneten haben unter anderem ein Lithium-Teichsystem und eine Kupfermine in Chile besichtigt und sich über die wirtschaftliche Bedeutung der Rohstoffgewinnung informiert. Außerdem haben sich die Delegationsmitglieder mit dem Vizepräsidenten Boliviens Herrn García Linera zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch getroffen. In Bogotá (Kolumbien) konnten die Abgeordneten der Eröffnung eines neuen Mercedes-Montagewerks beiwohnen.

## Innenpolitik im Wahlkreis



Manfred Nink MdB und Michael Hartmann MdB zu Gast bei der Bundespolizeiinspektion in Trier.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion bereiste auf Einladung von Manfred Nink am 12. März 2012 den Wahlkreis Trier, um mit Staatsanwaltschaft, Bundespolizei und den Jusos innenpolitische Themen zu besprechen.

Gemeinsam sprachen die Abgeordneten mit dem Kollegium der Trierer Staatsanwaltschaft unter anderem über die Vorratsdatenspeicherung, das Betäubungsmittelrecht und den Warnschussarrest für wiederholt straffällige Jugendliche.

Bei ihrem anschließenden Gespräch mit Vertretern der Bundespolizeiinspektion Trier standen die polizeilichen Aufgaben bei Großveranstaltungen, die Gewalt bei Fußballspielen sowie Fragen der illegalen Einwanderung im Mittelpunkt.

Abschließend diskutierten die beiden Abgeordneten mit Jusos aus der Region über die Möglichkeiten der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Dabei kritisierten die Politiker die gravierenden Kürzungen, der schwarz-gelben Bundesregierung bei Präventionsprogrammen und beim Programm „Soziale Stadt“.

## Hintergrundpapier der S&D-Fraktion: Europa steht auf dem Spiel

Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament hat unter Federführung des deutschen Abgeordneten Dr. Udo Bullmann ein sehr lesenswertes Hintergrundpapier zur Finanzkrise veröffentlicht.

Dr. Udo Bullmann ist seit 1999 Mitglied im ECON-Ausschuss und seit 2009 Sprecher der S&D-Fraktion für Wirtschaft und Währung.

Das Hintergrundpapier liefert auf fünf Seiten einen kurzen und kom-

pakten Abriss über die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise, eine Bewertung der bisherigen Maßnahmen zur Überwindung der Krise sowie die Antworten der europäischen Sozialdemokratie auf die Krise.

**Download im Internet unter:**  
[http://www.spd-europa.de/fileadmin/content/documents/Broschueren/Europa\\_steh...\\_Spiel\\_Internetversion.pdf](http://www.spd-europa.de/fileadmin/content/documents/Broschueren/Europa_steh..._Spiel_Internetversion.pdf)



Titelfoto: Gerd Altmann/pixelio.de

# 4 | Aus Partei und Fraktion

## Hubertus Heil in Trier



Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hubertus Heil, hat am 13. März auf Einladung der FES beim Trierer Wirtschaftsgespräch mit über 100 Gästen zum Thema „Deutsche Wirtschaft im Wandel“ diskutiert. Als Leiter des Wirtschaftsgesprächs moderierte Manfred Nink die Veranstaltung im IHK-Tagungszentrum in Trier. Nach einer kurzen Einführung durch Hubertus Heil, der für eine progressive Wirtschaftspolitik warb, diskutierten die Anwesenden über europäische, bundespolitische, aber auch regionale Themen rund um die Zukunft des Euro, die demographische Entwicklung und Probleme des Bergrechts.

Foto: Johannes Gorges

## Glückwunsch, Joachim Gauck!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Am vergangenen Sonntag, dem 18. März 2012, hat die Bundesversammlung mit Joachim Gauck einen neuen Bundespräsidenten gewählt. Ich gratuliere Joachim Gauck zu seiner Wahl. Ich bin mir sicher, dass er ein besserer Bundespräsident sein wird als sein Vorgänger.

Bereits vor zwei Jahren hätte Joachim Gauck dieses Amt übernehmen sollen. Aber die Kanzlerin hatte die Chance vertan, die überzeugende Persönlichkeit der parteipolitischen Patronage vorzuziehen. Das Ergebnis der damaligen Stur-

heit der Kanzlerin ist der Schaden, den Christian Wulff dem Amt des Bundespräsidenten zugefügt hat. Hätten CDU/CSU und FDP bereits bei der Wahl 2010 Weitblick bewiesen, wäre dem Amt viel Unrühmliches erspart geblieben.

Joachim Gaucks Aufgabe wird es nun sein, dem Bundespräsidentenamt wieder Würde und Vertrauenswürdigkeit zu verleihen. Dabei wünsche ich ihm viel Glück und viel Erfolg.

Herzlichst, Euer

## Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

### 20. Februar bis 4. März 2012

Klausurtagung des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz in Bingen, Sondersitzung des Bundestages zu den Griechenlandhilfen, Gespräch mit dem Bundesverband Deutscher Arbeitgeber, Gespräch der rheinland-pfälzischen Landesgruppe mit den Europaabgeordneten Jutta Steinruck und Norbert Neuser, Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion, Teilnahme am Parteitag der SPD Trier und an der Klausurtagung des SPD-Kreisverbandes Trier-Saarburg

### 5. bis 11. März 2012

Auswärtige Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie auf der CeBIT in Hannover, Gesprächskreis Finanzmarktregulierung mit der Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank, Frau Sabine Lautenschläger, Besuch der SPD-Veranstaltung mit dem Homburger Frauenkabarett in Kenn

### 12. bis 18. März 2012

Diskussion mit SchülerInnen der Theodor-Simon-Schule in Bitburg, Gespräche zusammen mit Michael Hartmann MdB bei der Staatsanwaltschaft, der Bundespolizei und den Jusos in Trier, Trierer Wirtschaftsgespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Hubertus Heil in Trier, Mitgliederversammlung des Fördervereins Seniorenbetreuung in der Verbandsgemeinde Schweich, Teilnahme an der 15. Bundesversammlung

## Manfred Nink MdB

Büro Berlin:  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317  
Fax: 030/22776317  
E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:  
Christophstraße 1  
54290 Trier  
Telefon: 0651/9759940  
Fax: 0651/44748  
E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de  
[www.manfred-nink.de](http://www.manfred-nink.de)